

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 15.07.2019	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Büro der Bürgerbeauftragten	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2019/0223 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: 111 700 Kostenstelle: 715 001 1001 Kostenträger: 1117-13 Investitionsnummer: Sachkonto: 6861000		

Betreff: Darmstädter Bürgerhaushalt 2.0 – Vorgezogene Verfahrensänderung

Vorlage vom: 09.07.2019

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung stimmen der vorgeschlagenen Verfahrensveränderung zum Bürgerhaushalt zu. Die geplante Evaluation des neuen Konzepts nach zwei Jahren entsprechend der Magistratsvorlage Nr. 2018/0325 ist hiervon nicht betroffen.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☒ Ja ☐ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 09.07.2019:

Ausgangslage

Im Rahmen des Bürgerhaushalts wird seit Anfang dieses Jahres bis zum 31.12.2020 probeweise ein erweitertes Beteiligungsformat angeboten. Gemäß der Magistratsvorlage Nr. 2018/0325 erfolgen nach Abschluss der zwei Jahre eine Auswertung des Beteiligungsangebots bezüglich Zufriedenheit, Wirksamkeit und Nutzen und eine politische Beratung zur Fortführung, Nachsteuerung oder Einstellung dieses Angebots. Die Durchführung der ersten Beteiligungsrunde des neuen Bürgerhaushalts 2.0, welche vom 15. März bis zum 16. Mai 2019 lief, hat gezeigt, dass schon vor der zweiten Runde des Bürgerhaushalts 2019 ein Nachsteuerungsbedarf für den Strang „Unser Vorschlag für die Politik“ besteht.

Der Strang „Unser Vorschlag für die Politik“ wurde in der Weiterentwicklung gemäß der Magistratsvorlage Nr. 2018/0325 zwar nur geringfügig verändert, dennoch hat sich in der ersten Beteiligungsrunde gezeigt, dass eine Nachsteuerung der Spielregeln kurzfristig erfolgen sollte, damit die Prinzipien „Fairness“ und „Chancengleichheit“ für alle Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleiben.

Nachbesserungsbedarf und Vorschlag zur Optimierung im Detail

In der neuen Version des Bürgerhaushalts 2.0 im Strang „Unser Vorschlag für die Politik“ zeigt sich in folgenden Punkten ein Verbesserungsbedarf:

- 1) Zurzeit werden die eingereichten Vorschläge bezüglich der Umsetzbarkeit, rechtlicher Grenzen und schon bestehenden Planungen durch das Büro der Bürgerbeauftragten in Absprache mit den relevanten Ämtern und Abteilungen geprüft und bei Bedarf auf der Plattform da-bei.darmstadt.de mit Hinweisen versehen.
Es wird angeregt, dass die Vorschläge welche eine Vorprüfung nicht bestehen, insbesondere wenn die Stadt Darmstadt nicht zuständig ist, nicht zur Abstimmung freigeschaltet werden.
- 2) Zurzeit werden inhaltlich ähnliche Vorschläge separat behandelt und abgestimmt, z.B. „Blumenwiesen auf öffentlichen Grünflächen“ und „Mehr Grün- und Blumenflächen“. Es wird angeregt, dass Vorschläge von den Vorschlaggebenden genau zu formulieren sind. Ebenso wird vom Büro der Bürgerbeauftragten kommuniziert werden, dass ähnliche Vorschläge und Dopplungen möglichst zusammengeführt werden, damit Stimmen nicht verloren gehen und Vorschläge gleiche Chancen zum Erfolg haben.
- 3) Mit der beschlossenen Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts wurde eine Identifizierung der Top-Vorschläge nach Stadtteilen aufgehoben. Diese Aufhebung hat sich als problematisch erwiesen, denn dadurch können im neuen Format emotionale Themen, wie z.B. Radmobilität, die Diskussionen und das Wahlverhalten stark beeinflussen bzw. dominieren.
Es wird für eine Wiedereinführung der stadtteilbezogenen Abstimmung nach folgenden Gebieten plädiert: Mitte, Arheilgen, Nord, Kranichstein, Ost, Bessungen, Eberstadt, West und Gesamtstadt. Das bedeutet, dass in jeder Runde neun Vorschläge in die Top-Liste kommen können (2x pro Jahr = 18 Vorschläge). Wurde in einem Gebiet kein Vorschlag eingereicht oder eingereichte Vorschläge konnten kein Quorum erreichen (mindestens zehn Unterstützende), wird der nächsthöchste Vorschlag in der

gesamstädtischen Kategorie in die Top-Liste aufgenommen. So wird eine vermeintliche Bevorzugung eines Stadtgebietes im Rahmen des Bürgerhaushalts vermieden.

Weitere Schritte

Die Verfahrensänderung gilt bereits ab der zweiten Beteiligungsrunde für den Strang „Unser Vorschlag für die Politik“, der am 15.09.2019 beginnt.

Konkret werden folgende Verfahrensänderungen vorgenommen:

- Vorschläge, die nicht in die Zuständigkeit der Stadt fallen, sowie Vorschläge, die die Vorprüfung nicht bestanden haben, werden nicht zur Abstimmung freigeschaltet.
- Inhaltlich ähnliche Vorschläge werden zu einem Vorschlag zusammengeführt.
- Eine stadtteilbezogene Abstimmung der Vorschläge wird wieder eingeführt.

Fazit

Eine zeitnahe Umsetzung der vorgeschlagenen Nachbesserungen sichert in der nächsten Runde des Bürgerhaushalts die Prinzipien „Fairness“ und „Chancengleichheit“ für alle Bürgerinnen und Bürger. Ebenso wird dadurch das Beteiligungsverfahren, basierend auf Hinweise aus der Stadtgesellschaft, weiter verbessert.

Darmstadt, 09.07.2019

715 ☎ 2300

Dezernat I

Dezernat II
i.V.

Dezernat III
i.V.

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

Rafael Reißer
Bürgermeister

Barbara Boczek
Stadträtin

Dezernat IV

Dezernat V

André Schellenberg
Stadtkämmerer

Barbara Akdeniz
Stadträtin